

Gewerkschaftliche Monatshefte

ZI. JAHRGANG

JUNI 1970

6

Paul Blau

Das Wagnis der SPÖ

Seit dem 22. April 1970 gibt es zum erstenmal in der Geschichte Österreichs eine sozialistische Regierung. Diese Regierung kann sich allerdings auf Grund des Wahlergebnisses vom 1. März dieses Jahres nur auf eine parlamentarische Minderheit — auf 81 von insgesamt 165 Abgeordneten — stützen. Zwar verfügt sie in der Länderkammer, im Bundesrat, über die absolute Mehrheit, doch dessen Vetorecht hat nur aufschiebende Wirkung und auch seine Initiativmöglichkeiten sollten nicht überschätzt werden. Die 79 Abgeordneten der Volkspartei (ÖVP) und die 5 Abgeordneten der Freiheitlichen Partei (FPÖ) im Nationalrat könnten sich jederzeit zu einem Bürgerblock zusammenschließen und die Regierung durch einen Mißtrauensantrag zu Fall bringen.

Dieser Gefahr ist sich die Sozialistische Partei wohl bewußt, aber nach 6 Wochen Verhandlungen um eine große Koalition, die gegen Ende immer feindseliger wurden, blieb ihr nur das Wagnis der Alleinregierung, wollte sie nicht den glänzendsten Wahlsieg ihrer Geschichte ungenützt lassen. Der Parteivorsitzende und Führer des Verhandlungsteams, der jetzige Bundeskanzler *Bruno Kreisky*, stieß auf drei Ansprüche seiner Gegenspieler, die unerfüllbar waren: Die ÖVP forderte die Unantastbarkeit aller Gesetze, die in der Zeit ihrer Alleinregierung beschlossen worden waren — darunter viele gegen den härtesten Widerstand der Sozialisten —, ferner die volle Parität in der Verteilung der Ministerressorts, wobei sie das Unterrichtsministerium um jeden Preis behalten, das Verteidigungsministerium um keinen Preis annehmen wollte. Ein Kanzler Kreisky, meinten die ÖVP-Unterhändler, sei schlimm genug. Schließlich wiesen sie wesentliche Forderungen aus dem Programm der SPÖ glatt zurück. So sollten sich die Sozialisten eine Schulreform oder Steuerreform nach ihren Vorstellungen ruhig aus dem Kopf schlagen. Auch ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz komme nicht in Betracht. Kurz, die ÖVP benahm sich so, als habe sie die Wahlen gewonnen. Der Sieg der SPÖ wurde zunächst bagatellisiert und dann verdrängt. Trotzdem war die Empörung groß, als nach dem Scheitern der Verhandlungen der aus dem sozialistischen Lager stammende Bundespräsident *Franz Jonas* Kreisky erneut mit der Bildung einer „Regierung auf anderer Grundlage“ beauftragte. Der rasche Amtsantritt der SPÖ-Alleinregierung war nach der Wahlniederlage der ÖVP am 1. März ein zweiter Schock. Ein Vierteljahrhundert Gewohnheit der Macht war bei ihr schon längst Macht der Gewohnheit geworden.

Nun zur *Vorgeschichte* dieses unerwarteten Machtwechsels, der in manchem an die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland erinnert. Die langlebige Koalition der Nachkriegszeit, die viel bewunderte und viel verlästerte Große Koalition von ÖVP und SPÖ, hatte im Frühling 1966 nach 21 Jahren ihren Geist oder — je nach Geschmack —

ihren Ungeist aufgeben. Sie "war so fest im Denken ganzer Politikergenerationen verankert, daß manche meinten, ihr Ende bedeute zugleich das Ende der Demokratie, wenn nicht der Zweiten Republik. Doch nichts dergleichen geschah, außer daß die ÖVP allein regierte und daß ihr die "Wähler nach vollen vier Jahren die Rechnung für dieses Vergnügen präsentierten: Die saftigste Niederlage ihrer Geschichte, die damit zugleich der SPÖ den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte bescherte.

Die außerparlamentarische Koalition

Bevor wir uns diesem großen Sieg und seinen Konsequenzen zuwenden, sei ein quasi öffentliches österreichisches Staatsgeheimnis verraten: In Wahrheit hat die Große Koalition nie zu bestehen aufgehört. Hinter den scharfen parlamentarischen und sonstigen Auseinandersetzungen zwischen der regierenden Volkspartei und der opponierenden Sozialistischen Partei gab es trotz aller Gegensätze ein ganzes Geflecht von personellen und offiziellen Verbindungen und Institutionen, in denen die Zusammenarbeit der großen Parteien weiter funktionierte. An erster Stelle ist der überparteiliche *Österreichische Gewerkschaftsbund* zu nennen, mit mehr als 1,5 Millionen Mitgliedern ein wahrer Riese. Zwar spielen in ihm die Sozialisten seit jeher die erste Geige, aber sie haben die Fraktion der Christlichen Gewerkschafter, die personell eng mit dem Arbeiter- und Angestelltenbund der ÖVP liiert ist, ihre zweite Geige spielen lassen und ihr ab und zu ein Solo gegönnt.

Die „Schwarzen“ Gewerkschafter revanchierten sich ihrerseits mit der Zustimmung zu gewerkschaftlichen Forderungen — vor kurzem erst noch der stufenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche — die der ÖVP viel Kummer bereiteten und sie zum Nachgeben im Parlament zwangen. Der ÖGB ist eine große Koalition in sich, und zwar von Anfang an unter sozialistischer Führung, während es von 1945 bis 1966 in der Regierung gerade umgekehrt war.

Doch daneben gab und gibt es den *Wirtschafts- und Sozialbeirat* sowie die *Lohn- und Preiskommission*, die von der Industriellenvereinigung, von der Bundeswirtschaftskammer, dem Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer beschickt werden. In diesen lediglich auf freier Vereinbarung beruhenden Institutionen wird viel wirtschafts- und sozialpolitischer Sprengstoff entfernt, gemäß dem Sprichwort, daß mit dem Reden die Leute zusammenkommen.

Kurz, es gab auch in der Zeit der Alleinregierung keine Schreckensherrschaft der ÖVP und ebensowenig einen „Terror der Straße“ von Seiten der SPÖ oder der Gewerkschaften. Streiks waren eine Seltenheit, meist genügte der Wink mit dem Zaunpfahl. Man ließ sich schlimmstenfalls im Parlament niederstimmen mit dem Trostwort „Wahltag ist Zahntag“. Und wahrhaftig, das wurde er, wie die nachstehende Tabelle zeigt.

Tabelle 1: Österreichische Nationalratswahlen 1959—1970

Partei	1959		1962		1966		1970	
	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate	%
ÖVP	79	44,2	81	45,4	85	48,3	79	44,8
SPÖ	78	44,8	76	44,0	74	42,6	81	48,2
FPÖ	8	8,0	8	7,1	6	5,4	5	5,5
KPÖ	—	3,0	—	3,0	—	0,4	—	1,0
DFP	—	—	—	—	—	3,3	—	0,4
NDP	—	—	—	—	—	—	—	0,1

Die SPÖ hat gegenüber 1966 306 000 Stimmen gewonnen, die ÖVP 113 000 Stimmen verloren; die FPÖ gewann rund 12 000, die KPÖ 28 000 Stimmen, doch hatte letztere 1966 nur in einem einzigen Wahlkreis kandidiert und ansonsten empfohlen, die SPÖ zu wählen. Die Demokratisch Fortschrittliche Partei (DFP) des ehemaligen ÖGB-Präsidenten und Innenministers *Franz Olah*, verlor 131 000 Stimmen und verschwand damit, zumindest auf Bundesebene, vom innenpolitischen Schauplatz. Die Nationaldemokratische Partei (NDP), die zwergenhüchlige Schwester der bundesdeutschen NPD, feierte einen totalen Durchfall mit ganzen 3000 Stimmen.

Aufstieg aus der Talsohle

Die Ausgangsposition der SPÖ war denkbar schlecht, und gerade aus diesem Grund ein Erfolg so gut wie sicher. Denn wie unsere Tabelle zeigt, hatten ihr schon die Wahlen 1962 einen Rückschlag gebracht, der sich dann 1966 zur schockierenden Niederlage auswuchs. Die ÖVP lag mit 262 000 Stimmen und 11 Mandaten vor den Sozialisten. Diese steckten seit langem in einer Führungskrise, ausgelöst durch den jetzigen DFP-Hauptling Franz Olah. Er war als ÖGB-Präsident und später als Innenminister der Versuchung der Macht erlegen. Politische Eigenmächtigkeiten und Intrigen, finanzielle Machenschaften, die ihn schließlich mit dem Gesetz in Konflikt brachten (er wurde 1969 wegen Betrugs zu einem Jahr Kerker verurteilt, hat aber Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, über die noch nicht entschieden ist), führten zu seinem Sturz. Doch er besaß weiterhin eine beträchtliche Anhängerschaft bis weit in die Reihen der gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensleute, und die Verwirrung war groß. So gewann er für die DFP im ersten Anlauf 149 000 Stimmen, die zweifellos zum größten Teil aus dem sozialistischen Lager stammten.

Noch auf dem Jännerparteitag 1967 der SPÖ wurde nach leidenschaftlichen Debatten Dr. Bruno Kreisky in einer Kampfabstimmung zum Vorsitzenden gewählt und löste damit Dr. *Bruno Pittermann* ab, der Klubobmann der sozialistischen Abgeordneten im Parlament blieb. Trotzdem war es ein Parteitag der Einigung, und von da an ging es aufwärts. Ab 1967 feierte die SPÖ in allen Regionalwahlen Sieg um Sieg. Doch die Nationalratswahlen vom 1. März 1970 überstrahlten alles Vorhergegangene. Wie gesagt, der Erfolg war erwartet worden, doch nicht in diesem Ausmaß. Schließlich besitzt die ÖVP ein Übergewicht in der Presse, erfreut sich der Begünstigung durch den staatlichen Rundfunk, nützte ihre Regierungsposition ungeniert zur parteipolitischen Propaganda und profitierte von der importierten internationalen Konjunktur, die sowohl die Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft als auch die Belastung der Bevölkerung durch kräftige Erhöhung von Steuern und Tarifen aller Art überdeckte.

Die Quellen des Erfolgs

Wo liegt die Ursache für diesen mächtigen Pendelschlag zugunsten der SPÖ? In der linken Grundströmung, die Europa erfaßt hat und selbst Österreichs traditionell weit rechts stehende Mehrheit der Studenten und Akademiker allmählich in Bewegung bringt? In der Entideologisierung? (Hauptschlagwort der SPÖ: „Wir wollen ein modernes Österreich.“) Im amerikanischen Wahlkampfstil, mit Wahlreisen der Duellanten Kreisky und *Klaus* durchs ganze Land, mit einem Troß von Hostessen, Organisatoren und Journalisten? In der Vorlage recht gründlicher, in mehreren Jahren erarbeiteter Programme für alle Lebensbereiche, von der Wirtschaft bis zur Umweltshygiene? Ein Sieg hat viele Väter! Kreisky selbst meinte in der Wahlnacht in kluger Bescheidenheit, der Erfolg sei das Ergebnis der Arbeit der rund 100 000 Vertrauensleute der Partei.

PAUL BLAU

Sicher ist jedenfalls, daß weit über 100 000 ÖVP-Wähler direkt zu den Sozialisten gestoßen sein müssen, ein für Österreich beispielloses Ereignis. Bemerkenswert ist ferner, daß sich der Erfolg der SPÖ und die Niederlage der ÖVP in großer Gleichmäßigkeit über das ganze Bundesgebiet verteilen. Industriegemeinden, kleine Landgemeinden, große Städte und Verwaltungszentren, alle zeigen in ihren Wahlergebnissen die gleiche Tendenz. Die nachstehende Tabelle gibt den Vormarsch der Sozialisten in den einzelnen Bundesländern in Prozenten an:

Tabelle 2: Wahlergebnisse nach Bundesländern

	SPÖ		ÖVP	
	NR-W 1966	NR-W 1970	NR-W 1966	NR-W 1970
Wien	49,4	57,9	37,9	35,4
Niederösterreich	41,1	45,3	54,0	50,8
Oberösterreich	40,3	46,7	51,3	45,9
Salzburg	36,1	42,7	48,1	43,5
Tirol	28,2	36,0	64,5	57,8
Vorarlberg	22,1	31,1	61,8	54,7
Steiermark	43,8	48,0	49,7	45,5
Kärnten	49,6	53,5	37,0	35,5
Burgenland	45,4	48,8	51,1	48,0

Manche wollen in diesem Ergebnis mehr als einen Pendelschlag erblicken: Die lang-ersehnte große Wende, den Beginn skandinavischer Zustände, Jahrzehnte sozialdemokratischer Vormacht mit allen Möglichkeiten zur Schaffung einer egalitären, demokratischeren, toleranteren und fortschrittlicheren Gesellschaft, bei ständig steigendem Massenwohlstand; eine lange Reihe von Reformen, von denen keine einzige für sich genommen revolutionäre Änderungen hervorruft, die aber in ihrer Summe zu dem Punkt führen, wo Quantität in Qualität umschlägt: Wo man nicht mehr von einem kapitalistischen System sprechen kann, sondern, wie die vorsichtige Sprachregelung im Wahlkampf lautete, von einer „sozialen Demokratie“.

Der Weg zur Alleinregierung

Nach den Wahlen bestanden drei Möglichkeiten: Eine Neuauflage der Großen Koalition, eine Kleine Koalition der Verlierer, also der ÖVP und FPÖ, und schließlich eine sozialistische Minderheitsregierung. Die bundesdeutsche Variante — also die Kleine Koalition SPÖ und FPÖ — kam nicht in Frage, da sich die FPÖ im Wahlkampf feierlich verpflichtet hatte, auf keinen Fall mit den Sozialisten eine Koalition zu bilden. Die FPÖ kann auch mit der FDP nicht verglichen werden; sie ist nach wie vor eine rechtskonservative Partei mit einigem nationalsozialistischem Erbgut an Funktionären und Vorstellungen. Als Opposition hat sie bisher in Grundsatzfragen die ÖVP höchstens von rechts attackiert.

Die Große Koalition galt allgemein als die wahrscheinlichste Lösung: Eine Rückkehr zu den alten, starren Formen der Koalition bis 1966 sollte es zwar nicht geben, darüber waren sich beide Großparteien einig. Allerdings gingen die Vorstellungen darüber, wie der Freiheitsraum in einer solchen Koalition beschaffen sein sollte, auseinander — so wie später die ganze Konstruktion. Nach Meinung der SPÖ hätte die Bindung zunächst nur für die Punkte des gemeinsamen Regierungsprogramms und für das Budget

gegolten. In allen übrigen Fragen sollte sich, falls eine Einigung in der Regierung nicht möglich wäre, jeder Minister um die notwendige Mehrheit im Parlament bemühen, um seine Vorschläge zu verwirklichen. Der Vorteil einer solchen lockeren Koalition hätte nicht zuletzt in der Erhaltung echten parlamentarischen Lebens bestanden, das vor 1966 in seiner Entfaltung behindert war. Die einstimmigen Beschlüsse der Regierung — und andere durfte es damals nicht geben —, mußten unter Klubzwang vom Parlament sanktioniert werden.

Freilich erfuhren viele Regierungsvorlagen in den Parlamentsausschüssen wesentliche Änderungen und Verbesserungen, bevor sie dann vom Nationalrat als Gesetze verabschiedet wurden. Aber in der breiten Öffentlichkeit blieb der Eindruck von der Reduzierung des Hohen Hauses zur Rednertribüne und Abstimmungsmaschine. Doch dieses Konzept einer lockeren Koalition machte es notwendig, noch vor der Regierungsbildung das Grundsatzprogramm, das beide Parteien binden sollte, festzulegen. Nun hätte dieses Grundsatzprogramm einerseits deutlich zeigen müssen, daß es sich um eine Regierung unter sozialistischer Führung handelt, sollte aber andererseits für den starken konservativen Partner annehmbar sein. Also fast eine Quadratur des Kreises. In einer Reihe von Fragen haben beide Großparteien Reformen versprochen, so eine Wahlrechtsreform, eine Strafrechtsreform, eine Reform des Bundesheeres, des Schul- und Hochschulwesens, eine Steuerreform und ähnliches mehr, aber die Vorstellungen über deren Inhalt gingen — wie sich alsbald zeigte — allzuweit auseinander.

Die zweite Möglichkeit, eine ÖVP/FPÖ-Koalition mit drei Mandaten Vorsprung vor dem Block der Sozialisten, wäre auch ein recht gebrechliches Gebilde gewesen. Entweder hätte sich die große ÖVP von der besonders auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet reaktionären FPÖ lenken lassen müssen und wäre damit in den schärfsten Gegensatz zur SPÖ und zum Gewerkschaftsbund gelangt, oder die FPÖ wäre zum bloßen Anhängsel der ÖVP geworden. Damit wäre ihr Eigencharakter völlig verlorengegangen und die nächsten Wahlen würden sie als verschrumpeltes Restchen zurückgelassen haben.

Die dritte Möglichkeit wurde nie ganz ausgeschlossen, aber ihre Verwirklichung, eine Alleinregierung der SPÖ, ist eine Überraschung. Sie ist für die Sozialisten keine Katastrophe; ihr Regierungsprogramm entspricht ihren eigenen Vorstellungen und sie hat die einzelnen Ministerien ihren besten Politikern und Fachleuten in die Hände gelegt. Freilich läßt sich gegen diese Regierung im Parlament eine Mehrheit finden, die ihr das Mißtrauen ausspricht und entweder eine Koalition oder Neuwahlen erzwingt. Doch Neuwahlen nach kurzer Zeit würden zumindest die Wechselwähler noch mehr verärgern und in noch größerer Zahl ins sozialistische Lager führen. Die SPÖ könnte unter Umständen dann als absolute Mehrheit ins Parlament einziehen und noch schneller und unbehinderter die Verwirklichung ihrer Programme vorantreiben. Das weiß man natürlich auch in der Volkspartei, und sie hat aus diesem Grunde — gleich nachdem ihr Gang in die Opposition Wirklichkeit geworden war — der SPÖ-Regierung eine gewisse Lebensdauer zugebilligt. Sie wird sie womöglich erst dann zu stürzen versuchen, wenn eine unpopuläre Maßnahme auf dem Programm steht und damit der ÖVP eine gute Ausgangsbasis für Neuwahlen zu versprechen scheint.

Ein schweres Erbe

Daß eine sozialistische Regierung auch zu solchen Maßnahmen gezwungen sein kann, werden unsere deutschen Kollegen sehr gut verstehen. Nach vier Jahren Alleinregierung klafft ein Riesendefizit im Budget von etwa vierzehn Milliarden Schilling, ist die Wirtschaftsstruktur veraltet, hat die Forschung — seit Jahren ein Stiefkind der je-

weiligen Finanzminister — einen außerordentlich hohen Nachholbedarf, herrscht vor allem ein qualitativ hoher Wohnungsmangel, liegt der Investitionsbedarf in der privaten und in der verstaatlichten Industrie ebenso wie in den eigentlichen Staatsbetrieben Post und Bahn und in der gesamten Infrastruktur bei Dutzenden Milliarden. Man könnte die Liste beliebig lang und für jeden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich fortsetzen.

Die Sozialisten treten also ein schweres Erbe an, wenn sie jetzt die Regierung übernehmen. Zu all dem kommt noch eine vor der Wahl künstlich zurückgehaltene Preislawine ins Rollen, und auch eine SPÖ-Regierung darf nicht hoffen, daß der Gewerkschaftsbund volle Lohnaskese betreiben und zusehen wird, wie das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten sinkt. Also stehen für die nächste Zukunft auch Lohnkämpfe auf dem Kalender.

Trotzdem kann sich die SPÖ von der ihr nun auferlegten Verantwortung nicht drücken, und sie will es auch gar nicht. Es wird sich zeigen, welche Umschichtungsmöglichkeiten das Budget bietet, aber niemand leugnet, daß es privilegierte Gruppen gibt, denen man die Vorrechte streichen muß, auch auf die Gefahr hin, sich ihren Unmut zuzuziehen. Es gibt außerdem Maßnahmen, die so gut wie nichts kosten und trotzdem zeigen, daß man sich auf dem Weg zu größerer gesellschaftlicher Gerechtigkeit befindet. Die Justizreform wird beispielsweise kaum mehr kosten als das Papier, auf dem die neuen Gesetze gedruckt werden, und eine echte Verwaltungsreform wird nicht nur den latenten Unmut gegen eine altmodische Bürokratie vermindern, sondern dazu noch Mittel einsparen. Schließlich könnten auf dem Gebiet der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Pionierleistungen vollbracht werden. Gute Ansätze dazu sind vorhanden.

Das Land braucht dringend mehr Förderung von Wissenschaft und Forschung — daher auch das neue Forschungsministerium —, die sich durchaus mittelfristig bezahlt machen kann, es braucht eine zweite Industrialisierungswelle, vor allem in der chemischen und elektronischen Industrie, es muß zugleich mehr für die Volksgesundheit tun als bisher. Das alles wurde vor den Wahlen offen erklärt und in Programmen die Verwirklichung versprochen.

Die schwierigste Aufgabe wird darin bestehen, echte Prioritäten in Übereinstimmung mit der Bevölkerung festzulegen und die verfügbaren Mittel in erster Linie dort einzusetzen. Es stehen kurzfristige gegen langfristige Interessen und es stehen — auch innerhalb der Arbeiterbewegung — Gruppen- gegen Allgemeininteressen. In einer breiten Diskussion all dieser Fragen muß gezeigt werden, daß es der SPÖ ernst ist mit der fortschreitenden Demokratisierung im öffentlichen Leben. Der politische Stil in Österreich war bisher viel zu autoritär, wenn auch formal alles in bester demokratischer Ordnung schien. Das erkannt und formuliert zu haben gehört zu den größten Verdiensten, die sich die SPÖ in der vierjährigen Opposition, die ihr offensichtlich gut getan hat, erwarb. Jetzt kommt die Probe aufs Exempel.

Wenig Zeit

Von der Regierungsmannschaft Bruno Kreiskys bringen nur zwei Regierungserfahrung mit: Justizminister *Christian Broda*, der in der Koalition bis 1966 das gleiche Amt bekleidete und als geistiger Vater der großen Strafrechtsreform gilt, die noch der Gesetzgebung harret, und Innenminister *Otto Rösch*, früherer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Die anderen sind zum Teil jüngere Politiker und Abgeordnete, die sich auf den Gebieten hervorgetan haben, die sie nun als Minister verwalten sollen, zum

Teil reine Fachleute, wie etwa der Berufsdiplomat und Botschafter, Außenminister *Rudolf Kirschschräger* und der Brigadier, Verteidigungsminister *Hans Freihsler*, wenn auch letzterer Mitglied der SPÖ ist. Für Österreich sensationell wirkt die Berufung des erst 32jährigen Buchprüfers und Steuerberaters *Hannes Androsch* zum Finanzminister. Die Gewerkschaften stellen — wie stets seit 1945 — in der Person des Obmannes der Angestelltengewerkschaft *Rudolf Häuser* den Sozialminister und Vizekanzler, den Eisenbahner *Erwin Frühbauer* als Verkehrsminister, und den Arbeiterkammerdirektor und Lebensmittelarbeiterobmann *Josef Staribacher* als Handelsminister. Dazu kommen der SPÖ-Zentralsekretär *Leopold Gratz* als Unterrichtsminister, seit langem parlamentarischer Sprecher in Schulfragen, die Vorsitzende des Bundesfrauenkomitees, die Soziologin und Statistikerin *Hertha Firnberg* als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, und der Abgeordnete und Wohnbaufachmann *Moser* als Bautenminister, der Nationalökonom *Ernst Veselsky* als Staatssekretär im Bundeskanzleramt und die Bundessekretärin und Gewerkschafterin *Gertrude Wondrack* als Staatssekretärin für Volksgesundheit im Sozialministerium.

Zweifellos ein Kabinett von Qualitäten, aber wird es seine Qualitäten nützen können, und wenn ja, wie lange? Wir sagten schon, daß beide bürgerlichen Oppositionsparteien kein unmittelbares Interesse an Neuwahlen haben. Ihre Chancen wären gering, die der SPÖ hingegen groß. Mehrere Regionalwahlen nach dem 1. März haben die den Sozialisten günstige Stimmung im ganzen Land bestätigt.

Die große Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung am 29. April hat den Beweis für diese Annahme geliefert: ÖVP und FPÖ gewähren der „Regierung auf Abruf“, wie sie es nennen, eine Gnadenfrist, in der sie freilich recht gnadenlos angreifen werden, wann immer sich ein Anlaß bietet. Die Sozialisten sollen zeigen, was sie können, heißt es, aber dahinter steht die Idee eines Abnutzungskrieges, die auch ganz unverblümt ausgesprochen wird. So zerplückte man im Parlament zwar nicht die Regierungserklärung, wohl aber die Art der Regierungsbildung. Bei dieser Gelegenheit wurde der Bundespräsident ungewöhnlich grob als „Händler der SPÖ“ angegriffen, weil er Kreisky nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen den Auftrag zur Bildung einer „Regierung auf anderer Grundlage“ erteilt hatte. Damit leitete man frühzeitig den Wahlkampf um das Präsidentenamt, ein. Der Bundespräsident wird in Österreich direkt vom Volk gewählt, und die Amtsperiode *Franz Jonas'* geht im April 1971 zu Ende. Er wird zweifellos wieder kandidieren und die Unterstützung der Sozialisten erhalten. Die ÖVP wird ihren Ex-Parteiboss und Ex-Bundeskanzler *Josef Klaus* gegen ihn ins Rennen schicken und nach dem Ausgang dieses Wahlgangs ihre Chancen beurteilen.

Freilich könnte es auch schon im Herbst dieses Jahres bei der Budgetdebatte zur Kraftprobe kommen, aber die FPÖ hofft auf eine Wahlrechtsreform, die auf dem Regierungsprogramm steht und die Begünstigung der ÖVP durch das bisherige System beseitigen soll. Eine solche Reform kann sie natürlich nicht von der ÖVP erhoffen, sondern nur von der SPÖ. Andeutungen in dieser Richtung waren in der Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung nicht zu überhören.

Kurz, der sozialistischen Regierung könnten unter Umständen doch eineinhalb bis zwei Jahre gegönnt sein: genügend Zeit, um einige brennende Probleme zu lösen und auf anderen Gebieten die Vorarbeiten für größere Reformen zu leisten, ehe sie sich erneut dem Urteil der Wähler stellen muß. Dann erst werden wir wissen, ob es sich bei den Märzahlen und ihren Konsequenzen nur um ein Intermezzo gehandelt hat, oder ob das Wagnis der SPÖ-Alleinregierung eine echte Wendung einleitete, die auf eine höhere Ebene nicht nur des Wohlstandes, sondern des Wohlbefindens in einer humaneren Gesellschaft führt.